

Maul- und Klauenseuche als Übungsanlage

TIERSEUCHENÜBUNG Die hochansteckende Maul- und Klauenseuche ist im Kanton Luzern ausgebrochen: Dieses Szenario hat der kantonale Führungsstab (KFS) während zwei Tagen in Ruswil und Nottwil geübt. Im Einsatz standen gegen 100 Personen aus verschiedenen kantonalen und regionalen Formationen.

Der kantonale Führungsstab hat am Donnerstag und Freitag vergangener Woche in Ruswil und Nottwil die Tierseuchenübung Pestilentia durchgeführt. Beübt wurden Abläufe, falls es auf landwirtschaftlichen Betrieben im Kanton Luzern zum Ausbruch der hochansteckenden Maul- und Klauenseuche (MKS) kommt. Ziel war es, die anfallenden Arbeiten bei Seuchenausbruch gemäss gesetzlichen Vorgaben, unter Berücksichtigung der amtlichen Empfehlungen und den festgelegten internen Abläufen zu überprüfen.



Dekontaminationschleuse zwischen den verschiedenen Zonen. Foto zvg

«Die Ziele wurden erreicht», sagt Übungsleiter Otto Ineichen, Kantons-tierarzt und Leiter des kantonalen Veterinärdienstes. «Die Abläufe haben weitestgehend funktioniert.» Auch Vinzenz Graf, Stabschef des kantonalen Führungsstabs, zieht ein positives Fazit: «Die einzelnen Formationen haben bestens zusammengearbeitet. Die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Behörden, Partnerorganisationen und den Frontteams haben funktioniert.» Man werde die Übung nun genau auswerten und die Erkenntnisse in die weitere Arbeit des kantonalen Führungsstabs miteinbeziehen.

Gegen 100 Personen im Einsatz

An der grossangelegten Übung waren gegen 100 Personen beteiligt. Neben dem kantonalen Führungsstab, den Gemeindeführungsstäben von Ruswil, Buttisholz und Nottwil und dem kantonalen Territorial Verbindungsstab der Armee standen der Veterinärdienst des Kantons Luzern, die kantonale Formation des Zivilschutzes, die Luzerner Polizei und die Feuerwehr Ruswil im Einsatz. sk

«Sicherheit» versus «Willkür»

SKF-PODIUM Ja oder Nein zur Selbstbestimmungsinitiative? Über diese Frage wurde am Podium des SKF Luzern vom Dienstagabend heftig gestritten. Die Befürworterinnen sagten, die Initiative stärke unsere Demokratie. Die Gegnerinnen befürchteten Willkür und Unsicherheit.

Die vier Podiumsteilnehmerinnen schenkten sich nichts. Yvette Estermann (Nationalrätin SVP) und Vroni Thalmann (Kantonsrätin SVP) kämpften für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative, über welche wir am 25. November entscheiden. Andrea Gmür (Nationalrätin CVP) und Andrea Huber (Schutzfaktor M, Allianz der Zivilgesellschaft gegen die Selbstbestimmungsinitiative) argumentierten dagegen. Organisiert wurde das Podium vom Luzerner Kantonalverband des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds SKF. Rund 70 Gäste nahmen an der Veranstaltung im Luzerner Kantonsratssaal teil.

Humanitäre Tradition

«Das Erfolgsrezept der Schweiz ist unsere gute Bundesverfassung», sagte Yvette Estermann. Dank der SVP-Initiative soll die Verfassung Vorrang gegenüber



Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP sorgte am SKF-Podium im Kantonsratssaal für engagierte Voten. Foto boa

internationalem Recht erhalten. Das sei gut für die Demokratie und auch gut für die Wirtschaft: «Ausländische Firmen investieren in der Schweiz, weil wir nicht in der EU sind und weil bei uns Rechtssicherheit herrscht.» Da war ihre Nationalratskollegin Andrea Gmür ganz anderer Meinung: «Ja, die ausländischen Firmen investieren heute in der Schweiz. Doch die Annahme der Initiative würde Willkür und Unsicherheit bringen.» Abgesehen davon stellte sich Andrea Gmür hinter die humanitäre Tradition der Schweiz, wo Menschenrechte hochgehalten würden. Ein Ja zur Initiative wäre ein schlechtes Zeichen.

Wichtige Menschenrechte

Die Frage der Menschenrechte sorgte immer wieder für Zündstoff in der Diskussion. Andrea Huber von «Schutzfaktor M» ist überzeugt, dass die Schweiz durch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK im Jahr 1974 richtig gehandelt habe. Direkte Demokratie sei gut, aber die Grundrechte – auch jene von Minderheiten – müssten immer geschützt sein. Somit sei die EMRK «wie eine Rechtsschutzversicherung». Ganz anders beurteilte Vroni Thalmann die Arbeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg. Dort werde die Schweizer Demokratie «aus-

gehebelt». Sie wolle nicht, dass in Europa Regeln bestimmt würden, welche wir «nur noch absegnen können».

«Was sind Ihre besten Argumente?», wollte Podiumsleiterin Claudia Sedioli Maritz abschliessend wissen. Die Befürworterinnen erklärten nochmals eindringlich, dass mit einem Ja die direkte Demokratie geschützt werde und die Schweiz verlässlich bleibe. Die Gegnerinnen hingegen bezeichneten die Initiative als gefährlichen Etikettenschwindel. Ein Ja würde unsere Rechte beschneiden und die Schweiz isolieren.

SKF sagt Nein

Nach der Podiumsdiskussion bedankte sich SKF-Kantonalpräsidentin Daniela Merkel für die engagierten Voten. Es sei wichtig, dass der SKF bei politischen Themen mitrede. Deshalb habe der Kantonalverband diese Veranstaltung zu einem brisanten und hochaktuellen Thema organisiert. Die Haltung des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds bezüglich Selbstbestimmungsinitiative sei klar, so Daniela Merkel: «Der SKF ist Mitglied von Alliance F, dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, und stellt sich dezidiert gegen die Initiative.»

Beim anschliessenden Apéro, offeriert von der UBS Switzerland AG, wurde die Diskussion angeregt weitergeführt. boa

Hildegard Meier: «Kandidieren Sie»

Vor der Podiumsdiskussion begrüsst Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer die Gäste in «ihrem» Kantonsratssaal. Sie machte darauf aufmerksam, dass dort, wo die Podiumsteilnehmerinnen sass, derzeit nur Männer sitzen würden, nämlich die fünf Luzerner Regierungsräte. «Ich finde aber, die Frauen machen sich hier sehr gut», so Meier. Sie motivierte die Anwesenden, politisch aktiv zu sein. «Jetzt ist der Moment,

für den Kantonsrat zu kandidieren. Am 31. März wird gewählt.» Diese Aufforderung wiederholten CVP-Kantonsrätin Claudia Bernasconi und SP-Grossstadträtin Maria Pilotto, welche das überparteiliche Netzwerk frauen-luzern-politik.ch vorstellten. «25 Prozent Frauen im Kantonsrat sind nicht genug», so ihre Kernbotschaft. Die 135'000 wahlberechtigten Frauen im Kanton Luzern hätten es in der Hand, dies zu ändern. boa

Jugendsession fordert digitale Lehrmittel

JUGENDPARLAMENT Digitalisierung, politische Bildung, Verkehr und Food Waste standen im Zentrum der 5. kantonalen Jugendsession des Luzerner Jugendparlaments. Die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier überwiesen eine Petition zum Thema Digitalisierung der Lehrmittel an den Kantonsrat.

Zur Eröffnung der Jugendsession 2018 sagte Regierungspräsident Robert Küng: «Engagement kennt kein Mindestalter. Sie alle, liebe Jugendparlamentarierinnen und Jugendparlamentarier, liefern den Beweis, dass sich junge Menschen sehr wohl für Politik interessieren. Mit Ihrem Einsatz an der Jugendsession zeigen Sie, was politische Arbeit bedeutet, nämlich mit Überzeugungskraft und Herz wichtige und anspruchsvolle Themen zu diskutieren.»



Jonas Ineichen, Co-Präsident des Vereins Jukalu, übergibt Staatschreiber Lukas Gresch-Brunner die Forderung des Jugendparlaments. Foto zvg

Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer fügte in ihrer Rede hinzu: «Im Jugendparlament werden auch wichtige Weichen für die

Zukunft gestellt. Die Jugendlichen lernen, einander zuzuhören, mitzureden, mitzuentcheiden und geduldig zu sein. Insbesondere lernen sie auch

mit Niederlagen umzugehen, um sich anschliessend wieder gestärkt neuen politischen Aufträgen zu widmen.»

Breite Palette von Themen diskutiert

Diese Voten setzten die rund 100 Teilnehmenden der diesjährigen Jugendsession engagiert in die Tat um. Die Jugendlichen erörterten in Gruppenarbeiten die Themen Digitalisierung, politische Bildung, Verkehr und Food Waste. Unterstützt wurden sie von Studierenden des Zentrums für Menschenrechtsbildung der Pädagogischen Hochschule Luzern und Fachpersonen aus den jeweiligen Themenbereichen. Anschliessend formulierten die Jugendlichen mithilfe von erfahrenen Politikerinnen und Politikern ihre Forderungen und diskutierten im Plenum.

Letztlich stimmten die Teilnehmenden über eine Petition ab, die Staatschreiber Lukas Gresch-Brunner übergeben wurde. Das Jugendparlament

fordert, dass die bestehenden Lehrmittel digitalisiert und die Entwicklung digitaler interaktiver Lehrmittel gefördert wird.

Der Verein Jugendparlament Kanton Luzern (Jukalu) zieht nach der Session eine positive Bilanz. «Die Jugendsession ist ein Projekt, das Jung und Alt begeistert», sagt Kim Rast, Co-Präsidentin des Vereins Jukalu. Die Vorbereitung der Sessionen sei harte Arbeit, da es das Interesse bei den Jugendlichen, in den Klassen und bei den Politikerinnen und Politikern zu wecken gelte. Das Engagement aller sei jedoch immer enorm.

Jonas Ineichen, Co-Präsident des Vereins Jukalu, ergänzt, dass die Diskussionskultur – unabhängig vom Alter der Teilnehmenden – von Fairness und Respekt geprägt sei. Das Jugendparlament biete die Möglichkeit, den Luzerner Jugendlichen aufzuzeigen, dass politische Partizipation bereits in jungen Jahren möglich und wichtig ist. sk